

zum Opfer gefallen, wenn sie glaubt, durch eine so wesentliche Erhöhung ihrer Gebührensätze finanziell besser zu fahren als bisher; denn eine so über alle Maßen hinausgehende Steigerung der Gebühren wird zwangsläufig zur Erdrosselung des Verkehrs führen, niemals aber zu seiner Förderung beitragen können. (Sehr richtig!) Wir waren gerade bei der Postverwaltung, seit Stephan sie so glorreich gründete, gewöhnt, daß sie in jeder Hinsicht peinlichst auf die Wünsche oder vielmehr auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft Rücksicht nahm, ja ihnen oft in kühnster Weise Vorstoß leistete. Das, was hier geplant ist, läßt jedoch diese Rücksichtnahme auf die Wirtschaft gänzlich vermissen und entspringt dem rein fiskalischen Gedanken, nur ausgehend von dem Gesichtspunkt größeren Gewinnes, größeren Überschusses. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn wir die einzelnen Positionen ansehen, bei denen man nicht erwägt, da oder dort um Pfennige oder um Bruchteile eines Groschens die Sätze zu erhöhen, sondern bei denen man brutal 50- bis 100prozentige Erhöhungen vornimmt. Und das in einer Zeit, in der die Wirtschaft die allergrößten Sorgen hat, durchzukommen, in einer Zeit, in der wir uns kaum etwas von der falschen Steuerpolitik erholt haben, die in den letzten Jahren getrieben wurde.

Gerade der Buchhandel aber wird durch solche Postpolitik die allererschwerste Belastung erfahren, und deshalb sind wir unter allen Umständen genötigt, mit den stärksten Mitteln, die uns zu Gebote stehen, hiergegen vorzugehen. Auf Ihren Stühlen, meine Damen und Herren, finden Sie eine Entschliekung des Börsenvereinsvorstandes gegen diese Portoerhöhung. Es ist ja selbstverständlich, daß wir diese Entschliekung annehmen; aber ich glaube, darüber hinaus sollten wir die ganze in unseren Händen befindliche Macht ausnutzen, um die Allgemeinheit gegen das, was hier beabsichtigt ist, aufzurufen; denn leider ist ja unser Volk nur zu sehr geneigt, immer zu schlafen, wenn es sich um wichtige Entscheidungen handelt, durch die seine Lebensinteressen in Mitleidenschaft gezogen werden, und sich damit zu begnügen, nachher zu schimpfen. Mit nachträglichen Schimpfen aber wird ja nichts erreicht. Mir scheint es notwendig zu sein, daß wir endlich einmal der Post wieder klar machen, daß sie eine Einrichtung für die Wirtschaft ist und kein Institut zur Erzielung von Gewinn für die eigene Tasche. (Sehr richtig!)

Wir haben ja noch eine ganze Reihe von Wünschen gegenüber der Post. Ich mache aufmerksam auf die Bestrebungen, auf die ich vorhin zu sprechen kam. Jetzt geht die Post dazu über, eigene Adreßbücher zu schaffen; wie lange wird es dauern, bis sie eigene Postverkaufsstellen und einen eigenen Postverlag einrichten wird; denn für die Post ist ja ihrer Eigenart gemäß die Versuchung sehr groß, eigene Verkaufsstellen und einen eigenen Verlagsbetrieb zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Möglichkeit des Kampfes gegenüber derartigen Bestrebungen. Ich habe gestern schon angedeutet: wenn die Postscheckgebühren steigen sollten, wie es beabsichtigt ist, so wollen wir uns daran erinnern, daß die Post es war, die uns in der verlockendsten Form mit Voreleirufen immer zugerufen hat: „Kommt zu uns, damit wir die Vereinheitlichung des deutschen Geldwesens herbeiführen können!“ Wir haben uns alle auf das Postscheckkonto eingerichtet. Gerade hier besteht nun die Möglichkeit, der Post zu zeigen, daß wir auch ohne Postscheckverkehr auskommen können, daß wir Vereinbarungen mit der BAW und mit den Banken treffen können, um der Post zu Gemüte zu führen: wenn du uns in dieser Weise knebeln willst, so können wir dir auch die Zähne zeigen. (Bravo!)

Vor allen Dingen mache ich auf die weiteren Folgen aufmerksam, auf die wir gefaßt sein müssen. Vorläufig ist die Post so klug, nur die Einzelgebühren bei Briefen, Postkarten, Päckchen, Paketen usw. zu erhöhen. Hier wird auch wieder das Bestellgeld für Pakete in verschleierte Form eingeführt, was die Post seinerzeit mit so großer Emphase als für uns untragbar abgeschafft hat. Wir müssen uns darauf einstellen, daß, wenn dieses Experiment glücken sollte und wenn erhebliche Erhöhungen durchgehen sollten, dann als Zweites unbedingt die Erhöhung der Zeitungs- und Zeitschriftengebühren wieder aufgerollt wird, und wir wissen ja, daß die Zeitschriftenfrage für Sortiment und Verlag eine Angelegenheit

ist, in der wir im Falle einer Erhöhung der Gebühren große und schmerzliche Verluste erleiden würden; denn zweifellos sind die Postgebühren für die Zeitungen und Zeitschriften heute vielfach sehr mäßig, und die Post setzt dabei zu, wie ja jeder vernünftig rechnende Wirtschaftler so arbeitet, daß er bei einem Teile seines Unternehmens zusetzt und dafür bei anderen Teilen wieder entsprechend mehr Gewinn herausholt.

Gewiß ist die Post heute in einer schwierigeren Lage als früher. Während sie vor dem Kriege im ganzen nur 12 Millionen Mark an das Bahnregal abführte, verlangt die Reichsbahn jetzt 100 Millionen Reichsmark für die Beförderung der Post. Aber ein Ausgleich für diese erhöhten Lasten läßt sich vielfach in anderer Form durchführen als durch eine Gebührenerhöhung in der Höhe, wie sie geplant ist. Wogegen wir uns zu wenden haben, ist eine Steigerung in diesem ungeheuren Ausmaße, eine Steigerung — meine Damen und Herren, achten Sie wohl darauf! — um 240—500 Millionen Reichsmark, die wir alljährlich mehr aus der Wirtschaft herausholen sollen. (Hört! Hört!) Diese unsinnigen und völlig unmöglichen Steigerungen müssen ein Ende nehmen. Ich bin überzeugt, daß die gesamten Vertreter der Wirtschaft im Reichstag und im Reichswirtschaftsrat sich mit den schärfsten Mitteln dagegen wenden werden. Unser Freund Schumann, der dem Verwaltungsrat der Post angehört, wird ja vielleicht auch noch zu diesem Gegenstande sprechen. Er wird sich — das hat er uns zugesagt — gegen diese untragbaren Erhöhungen einsetzen, und wir werden alles aufbieten müssen, was in unserer Macht steht, damit sie niemals zur Tat werden. Ich stelle mir vor, daß, wenn eine solche Entschliekung angenommen wird, wir beispielsweise jeden deutschen Buchhändler und jeden, der im Handel steht, auffordern, durch Aushang am Schaufenster darauf hinzuweisen, welche neuen Belastungen uns bevorstehen, Belastungen, die wir niemals abwälzen können, sondern die wir, wenn wir weiter existieren wollen, aus dem Ertrage unserer Arbeit herausziehen müssen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

Dr. Paul Schumann (Stuttgart): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl, daß es für mich als Mitglied des Verwaltungsrats der Reichspost, der aus der Wirtschaft stammt, und für alle die zwölf Wirtschaftler im Verwaltungsrat der Reichspost eine schwere Aufgabe ist, vor Berufsgenossen die Vorlage der Reichspost, die uns in den nächsten vierzehn Tagen beschäftigen soll, zu vertreten. Entschuldigen kann man sie vielleicht nicht. Aber einiges darf ich Ihnen auf Grund meiner Kenntnis aller der Dinge, die sich bei der Post abspielen, sagen. Ich bin jetzt seit sieben Jahren im Verwaltungsrat und vormaligen Beirat tätig; ich glaube mir also soviel Sachkenntnis angeeignet zu haben, um Ihnen berichten zu können, wie die Dinge eigentlich liegen.

Meine Damen und Herren, niemand war mehr überrascht über die neue Vorlage als wir Mitglieder des Verwaltungsrats; denn als wir im Frühjahr den neuen Etat aufstellten, war er balanciert, und es war keine Rede davon, daß noch irgend etwas nachkommen sollte, namentlich nachdem die Neuordnung der Fernspreckgebühren unter Dach und Fach gebracht war. (Hört, hört!) Erst als sich herausstellte, daß ein neuer Wohnungsgeldzuschuß notwendig war, daß die Beamtenbesoldungen in die Höhe gingen, und als weiter festgestellt war, daß für verschiedene Dinge, die eigentlich aus Anleihemitteln hatten genommen werden sollen, die Mittel durch eine Anleihe nicht zu beschaffen waren, blieb nichts anderes übrig, als die Postgebühren im allgemeinen zu erhöhen und in dieser Erhöhung so weit zu gehen, daß der Ausfall, der sich auf etwa 240 Millionen Mark beläuft, wenigstens einigermaßen gedeckt wird.

Ich verkenne nicht, daß das eine sehr starke Zumutung für uns alle ist, und wir haben in den letzten Tagen schon reiflich hin und her überlegt, wie wir die Dinge so gestalten könnten, daß die Wirtschaft so wenig wie nur irgend möglich belastet wird. Wir waren in der letzten Woche im Rheinland, um Fühlung unter uns Wirtschaftlern zu nehmen und uns zu verständigen, wie wir uns verhalten wollen. Ich habe mit dem Minister selbst gesprochen und habe ihn dazu veranlaßt, daß die zwölf Vertreter der Wirtschaft im Verwaltungsrat zunächst einmal allein gehört